

---

**163/UEA XXIV. GP**

---

**Eingebracht am 19.05.2009**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Mag. Stadler, Pendl, Dr. Sonnberger, Brosz  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Vorgangsweise bei Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung gem. Art. 57  
Abs. 3 B-VG

eingebracht im Zuge der Debatte über TOP 8 betreffend Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der  
Staatsanwaltschaft Klagenfurt (GZ 3 St 98/07t) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des  
Abgeordneten zum Nationalrat Stefan Petzner (193 d.B.)

Im Immunitätsausschuss mussten in letzter Zeit mehrere Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen  
Verfolgung von Abgeordneten behandelt werden, die sich auf Vorwürfe bezogen, die Handlungen  
betrafen, die jedenfalls vor Erlangung des Mandats, aber auch vor der Wahlkampfperiode zur  
Erlangung dieses Mandats gesetzt worden sind.

Im Hinblick darauf stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Frau Bundesministerin für Justiz wird ersucht, die zuständigen Strafverfolgungsbehörden  
darauf hinzuweisen, dass Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung (Art. 57 Abs. 3 B-  
VG) nur dann zu stellen sind, wenn nicht offensichtlich kein Zusammenhang mit der politischen  
Tätigkeit des Abgeordneten besteht; ein solcher Zusammenhang ist jedenfalls auszuschließen, wenn  
die inkriminierte Handlung eindeutig vor der Zeit gesetzt wurde, in der der Beschuldigte ein Mandat  
innehatte beziehungsweise diese Handlung auch nicht im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zur  
Erlangung dieses Mandats gesetzt wurde.“

Wien, den 19. Mai 2009